

Abonnements-Gebühren:
Stichten: Jahrl. K. 9,
1/2 Jahrl. 5, 1/4 Jahrl. 2.60,
Schweiz: Jahrl. Fr. 9,
1/2 Jahrl. 5, 1/4 Jahrl. 2.60

Oberrheinische
Nachrichten

Anzeiger für Diebstein und Umgebung

Abonnements nehmen
entgegen: Baduz-Mels,
die
Zeitungsträger u. die
Poststellen. Insofern nehmen
die Zeitungsträger u. die
Buchdruckerei entgegen und
müssen für die
Anmeldung der
Anzeigen selbst
verantwortlich sein.
Anzeigen sind
frühestens
am
Vormittag
zu
bringen.
Schneefall
kann
den
Anzeigen
den
Antrag
auf
Anzeige
belegen.
Anonymes
wird
nicht
berücksichtigt.

Druck u. Expedition: Sarganserl. Buchdruckerei A. G., Mels
Verlag: „Oberrhein. Nachrichten“ A. G., Mels (Telefon 55)

Verab auf das 21. Lebensjahr.
(Korrespondenz.)

III.

Für die Herabsetzung des Wahlfähigkeits-
und Großjährigkeitsalters sprechen auch Grün-
der der Sozialpädagogik, insbesondere
der politischen Erziehung. Nichts spricht
schlagender für die Terminherabsetzung, als die
oft gehörte Redewendung: „Ja, unsere Leute
sind politisch d. h. zur besseren Gestaltung der
Staatsangelegenheiten nicht reif. Wenn dies wahr
ist, so erziehe man sie schleunigst dazu, damit sie
ausreifen. Vernünftigerweise heißt der Arzt die
Krankheit in ihrem Entwicklungskodium
schneller und gründlicher, als wenn er ein verhöfetes
Leiden heilen helfen soll. Und wenn wir politisch
erziehen wollen, müssen wir bei den Jüng-
lingen mit 21 Jahren, die noch Interesse und
Willen zeigen, anfangen, nicht bei teilnahms-
losem Reuten. Den jungen Reuten müssen wir
die Anteilnahme an den gesellschaftlichen In-
teressen und Gruppen im Staate heibringen.
Wer aber wartet, bis das politische Interesse in
Teilnahmslosigkeit übergegangen ist und wer nur
immer behauptet, unsere Leute seien politisch
unreif, ohne ihnen Gelegenheit zur Betätigung
zu geben, — der will die politische Denkfähigkeit
und den Willen zum Handeln nicht erhalten.
Dem Gedankenkreis des absoluten und halbabsoluten
Staates, wo das Volk möglichst nichts zur staatlichen
Verwaltung zu sagen hätte, wie nicht minder
einem bei uns erst in neuerer Zeit begrabenen
politischen Bevormundungssystem hat der
hohe Volljährigkeits- und Wahltermin in seine
Wege gepaßt. Das Volk hatte eben nichts zu
sagen, alles wurde von Obrigkeitssystem regiert
und gehandhabt. Wenn die Leute anderwärts
mit 19, 20 und 21 Jahren politisch reif gewor-
den sind, warum soll dies bei uns nicht möglich
sein, bei uns, sagen wir, wo stets brüllend gegen-
über andern Völkern behauptet wird, unsere
Vollschulbildung und Intelligenzveranlagung
dürfe jeden Vergleich aushalten. An der Schule
werden ja unsere Leute auch über die staatlichen
Einrichtungen notwendig aufgeklärt. Ist dies al-
les richtig, dann dürfen wir hinsichtlich der po-
litischen Betätigung nicht wieder behaupten, un-
sere Leute seien beschränkter als andere. Ein ei-
gentümlicher Widerspruch! Fort mit diesen
Scheineinwänden! Zu wünschen aber ist, daß
die staatsbürgerliche Erziehung gefördert werde.

Keine Berechtigung hat demnach der Ein-
wand, daß, wenn die 21-, 22- und 23-jährigen
stimmen und wählen können, kommen künftige
Wahl- und Abstimmungsergebnisse heraus. —
Warum stellen denn gerade die 24-Jährigen
kein Unheil mehr an? Die Antwort werden die
Gegner schuldig bleiben. Wieviel Neuwähler
treten denn auf, wenn diese Jahrgänge stim-
men und wahlberechtigt werden? Wir schäben ihre
Zahl auf etwa 150 im Oberlande und auf 30
im Unterlande. Können denn etwa 230 Neu-
wähler gegenüber ca. 1600 alten Wählern eine
so ausschlaggebende Stellung einnehmen? Nein!
Denn einmal sind nicht alle einer Meinung und
zweitens verteilen sie sich je nach den Parteien.
Ehrliche Einwände können die Gegner nur aus
politischen Gründen bringen. Die Gegen-
partei fürchtet nämlich, daß die jungen Män-
ner sich überwiegend der Volkspartei anschließen.
Es mag dies zum Teil richtig sein und zugege-
ben werden. Die Herrenpartei fällt damit über
sich selbst das Verdammungsurteil, denn wenn
schon die jungen Männer überwiegend die Rich-
tung der Volkspartei für die richtige halten, so
steht es schlecht um ihre Sache: sie sieht nicht
mehr! Die Volkspartei aber kann sich nur be-

glückwünschen, wenn sie die Jugend erobert hat;
dann gehört ihr auch die Zukunft!
Mag nun die Abstimmung ausfallen wie sie
will, einmal muß der Termin herabgesetzt wer-
den. Fällt die Abstimmung für die Jünglinge
ungünstig aus, so werden sie verbittert und
haben erst recht alle Ursache, sich der Volkspar-
teie anzuschließen. Jünglinge und Jungfrauen,
benutet daran! Für die Jungfrauen handelt es
sich ja darum, daß sie mit 21 Jahren volljährig
werden!

Eine Partei, die sich fortschrittlich nennt,
sollte auch wirklich für den Fortschritt nach je-
der Richtung eintreten. Es ist aber ein rück-
schrittliches Zeichen, wenn man für einen ver-
alteten Alterstermin eintritt, denn für Oester-
reich sagen Krainz-Grenzwieg, es (Oesterreich)
nimmt mit diesem Volljährig-
keitsalter eine vereinzelte
Stellung unter den heutigen
Kulturstaaten ein. Und für diese Rück-
ständigkeit will eine fortschrittliche Partei ein-
treten! Jüngling, siehst Du, wie man mit Lei-
nen politischen Rechten aus parteipolitischen
Gründen umsprängt!

Wir wollen vielen älteren Wählern daraus,
daß sie zu einem untätigen politischen Verhal-
ten durch ein gewisses Bevormundungssystem er-
zogen worden sind, einen Vorwurf nicht machen.
Wenn sie aber in andern Gefühlen und Ansich-
ten aufgezogen worden sind als ihre Söhne und
daher heute politisch sich lieber wenig oder gar
nicht betätigen wollen, so mögen sie es den
Jünglingen nicht verwehren, die es tun wol-
len. Unsere jungen Leute schlägt die Not des
Lebens mehr in die Welt hinaus als viele
ihrer Eltern; sie lernen fremde Einrichtungen
und Gebräuche kennen. Ihr engerer
Kulturstandpunkt erweitert sich und sie be-
merken, daß man von fremden Reuten und Län-
dern noch vieles lernen kann und daß hierzu ein
Fortschritt erforderlich ist, den der Daseinsblei-
bende von seinem beschränkten Gesichtskreis aus
weniger zu beurteilen vermag. Diese Jünglinge
sollen uns mitteilen, das Land und seine Volkswirtschaft
in moderne Bahnen zu lenken; sie sol-
len uns zu neuzeitlichen Verkehrsmitteln u. a.
verhelfen; und daß sie das tun werden, wissen
die sog. „Fortschrittlichen“. Deshalb ihre Be-
denken. Ist es denn ein Unheil, wenn wir im
Land mehr Verkehr, Verdienst und Arbeitsge-
legenheit erhalten? Wenn wir mit Hilfe dieser
Leute moderne Gesetze erhalten und die Han-
dels- und Zollbeziehungen nicht nur nach der
finanziellen Seite hin, sondern auch nach dem
Gesichtspunkte einer billigeren Le-
benshaltung ordnen wollen?

Wähler! Es ist eine sehr wichtige Abstim-
mung, an der Du in der nächsten Zeit teil-
nimmst; bedenke, daß diese Abstimmung einen
ungeheuren Ausblick für den volkstümlichen
Aufbau unserer noch halbabsolutistischen Verfas-
sung und Gesetzgebung ist! Wähler, bedenke, daß Du
den Fortschritt im Interesse des Landes und
der Zukunft Deiner Kinder willst! Hilf mit und
stimme Ja!

Jünglinge! Helfet der Volkspartei mit, die
bevormundenden Fesseln eines veralteten Ge-
setzes abzuwerfen. Jünglinge! Schließt Euch zu-
sammen, organisiert Euch und tretet geschlossen
in den Dienst der Volkspartei, agitiert für sie!
Jünglinge und Jungfrauen, helfet zusammen,
erzucht Eure Väter, Eure Freunde, daß sie ge-
schlossen für die Herabsetzung des Wahlfähigkeits-
und Großjährigkeitsalters eintreten; wisset, der
Landesfürst ist mit der Herabsetzung einverstanden,
wenn auch die Mehrheit des Volkes sie
will!

Legen wir ein kräftiges Ja in die Urne und
dann erst wird Diebstein den Diebsteinern
sein und bleiben!

(Schluß.)

Mehr Volksabgeordnete!
(Korrespondenz.)

I.

In unserer demokratischen Zeit sollte
man es nicht für möglich halten, daß noch ein
solcher Kampf um eine zweckmäßige und gerechte
Vertretung des Volkes entbrennen könne. In
unserem, mit vielem alten Ballast beschwerten,
durch Herrenmenschen zum Teil noch regier-
ten und verwalteten Lande ist aber im Zeitalter
der Demokratie dieser Kampf noch möglich.

Die Führer der Herrenpartei wollen demo-
kratisch sein — und dem Volke möglichst wenig
Rechte, ja noch weniger als früher lassen. Dies
lehrt uns vor allem die Landesgeschichte.

Die Vertretung des Volkes in der
Spätgrafenzeit und dann bis 1809, also wäh-
rend der Landammann-Verfassungszeit bestand
im Oberland aus dem Landammann und zwölf
Geschworenen (Richtern), ebenso hatte die Herr-
schaft Schellenberg eine Vertretung von zusam-
men 13 Personen. Früher vertraten demnach,
wenn man Baduz und Schellenberg zusammen-
rechnet, 26 Männer das Volk. Unter Peter Kai-
ser sagt: „Alle 2 Jahre fand eine Wahl (des
Landammanns) statt. Zu berieten versammel-
ten sich alle, welche nicht ehr- und wehrlos wa-
ren und das sechzehnte Altersjahr er-
reicht hatten.“ Bis 1809 konnten also sogar die
16-Jährigen wählen — und leither soll ihnen
nach Ansicht unserer fortschrittlichen Herren die
nötige Einsicht und Reife fehlen!

In der ständischen Verfassungszeit seit
1818 bestand die Vertretung der Volkstände
mindestens aus 3 Geistlichen, allen Vorstehern
(Richtern) und Seckelmeistern der Gemeinde,
das macht schon mehr als 20 Vertreter aus. Da-
zu konnten aber noch größere Steuerzahler kom-
men. Diese Zeit dauerte bis 1862.

In einem Verfassungsentwurf von 1848
werden 24 Abgeordnete, 12 für das Oberland,
9 für das Unterland und 3 für die vorkommenden
Gemeinden vorgesehn.

Wieber besser! Ist es nun nicht eigenartig,
daß unsere Vorfahren so sehr auf eine größere
Zahl der Volksvertreter Gewicht legten? Sie
müssen doch gedacht haben, eine breitere Volks-
vertretung sei gerade zur Vertretung der ver-
schiedenen Interessen, zur Vertretung der ein-
zelnen Stände notwendig. Haben wir es
denn heute nicht mehr notwendig?

Die Bevölkerung hat gegenüber früher
unbestreitbar zugenommen. Wir wollen nur ein-
nige Zahlen anführen:

Zur Zeit der Landammann-Verfassung wa-
ren in beiden Landschaften Baduz und Schellen-
berg zusammen nur 563 schutzhabende (haus-
habliche) Bürger. Rechnen wir hierzu noch die
Jungen über 16 Jahre, so dürften es nicht mehr
als 1000 gewesen sein und die Gesamtbevölke-
rung schätzungsweise 2300 Köpfe betragen ha-
ben. Diese vertraten im ganzen — selbstredend
für Schellenberg und Baduz getrennt — 26
Männer. 1613 betrug die Seelenzahl 2654, 1718
waren in der Grafschaft Baduz 570 und in der
Herrschaft Schellenberg 287 schutzhabliche Män-
ner. Heute beträgt die Seelenzahl bei normalem
Stand ca. 10,000, und diese sollen nun eine
kleinere Vertretung haben, als unsere weniger
zahlreichen Vorgänger. Schon die Ge-
schichte lehrt uns, daß wir mehr Volksvertreter
haben sollten.

Für die ausgleichende Erhöhung spricht auch
das Volksverhältnis zwischen Unterland und

Oberland. Das Oberland weist gegenwärtig rund 5500, in Friedenszeiten aber mit der Industriebevölkerung mindestens 6000, das Unterland aber nicht mehr als 3100 aus. Die Zahlen sind natürlich schwankend und es können im ganzen vorübergehend, wenn auch selten, 10,000 Menschen im Land wohnen (Wohnbevölkerung). Es trifft im Oberland auf 6000 Einwohner 7, im Unterland auf 3100 5 Abgeordnete, oder es entfällt im Oberland auf 875 Wahlberechtigte ein Abgeordneter, im Unterlande auf 620 Einwohner ein Abgeordneter. Folglich sind im Oberlande gegenüber dem Unterlande (875-620) = 255 Einwohner nicht oder schlechter vertreten! Nach dem Vorschlage, 10 Volksabgeordnete im Oberlande und 7 im Unterlande, trafe es auf 600 Oberländer und 445 Unterländer einen Abgeordneten. Das Verhältnis wäre immer noch für die Unterländer günstiger, indem der Unterschied in der vertretenen Bevölkerung immer noch 155 Personen macht! Aber schon aus diesem einfachen Vergleich erhellt die schlagendste Rechtfertigung für die Erhöhung, wie nicht minder, daß sie eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Das Oberland weist rund 1000, das Unterland rund 620 Wählerstimmen nach den letzten Landtagswahlen aus. Es trifft demnach im Oberland jezt auf 143 Wähler und im Unterland auf 124 Wähler einen Abgeordneten. (Unterschied 19 Wählerstimmen). Eine Oberländer Wählerstimme ist demnach heute politisch weniger wert als eine Unterländer. In Prozenten ausgedrückt ist eine Oberländer Wählerstimme nur (124/143) 84% wert. Von vielen wird deshalb gewünscht, daß entsprechend der Bevölkerungszahl Volksvertreter gewählt werden. Die Volkspartei erklärt sich aber mit einer Erhöhung der Zahl der Volksabgeordneten auf 10 resp. 7 einverstanden. In diesem Falle würden bei dem gleichen Wahlsalter (24) im Oberlande auf einen Abgeordneten 100, im Unterlande aber rund 90 Wähler entfallen. Der Wert einer Oberländer Wählerstimme würde also 6% mehr betragen als beim alten, ungerechten System! Aus dieser ziffernmäßigen Aufstellung erhellt die Gerechtigkeit des Antrages auf Vermehrung der Volksabgeordneten.

II.

Für die Erhöhung der Zahl der Volksvertreter spricht weiter die Gerechtigkeit der Verhältnisse. Unserer volkstümlichen Zeit absolut nicht mehr und es hätte eigentlich verschwinden sollen, weil es ein Zwitтерding für die Vergangenheit und in Zukunft ist. Die ständische Verfassung hat keine solche erkannt. Gemäß der Landammanns-Verfassung hatte die Herrschaft das Recht der Auswahl des Landammanns aus den drei durch die Gemeindeversammlungen vorgeschlagenen. Erst die sogen. „freiherrliche“ Verfassung von 1862 hat die Einrichtung aufgestellt. — Man wendet ein, die fürstl. Abgeordneten seien ein Ersatz für das bei uns fehlende Herren- oder Oberhaus. Allein, dann müßten diese Abgeordneten selbständig tagen und nicht im Landtag das Sagen spielen. Politisch haben manche fürstl. Abgeordnete ja früher eine bekannte Rolle gespielt, die wenig zu jener eines Herrenhaus-Mitgliedes paßt. Wir haben bei uns keine Geburtsstände, — und keine so großen Herren, als daß man einen Herrenhausersatz suchen müßte. Die Einrichtung paßt gar nicht in unsere Bevölkerung hinein und daher auch nicht in den Landtag. Eigentümlich ist es, daß diese Herren an allen Wahlen und Abstimmungen des Landtages teilnehmen. Noch eigentümlicher ist es, daß sie als Vertreter des Fürsten — denn Volksvertreter sind sie nicht — in Zukunft mitwirken sollen die Regierung bestimmen, dann nachher bekräftigt der Landesfürst diese Regierung. Folgerichtig sollten doch nur die Volksabgeordneten, die Regierungsräte wählen und den Regierungspräsidenten vorschlagen. Also wieder diese Zwitтерstellung. — Ein fürstl. Abgeordneter hat gegenwärtig im Landtag soviel zu sagen, wie ein Volksabgeordneter, der 143 resp. 124 Wählerstimmen vertritt. Das ist doch politisch nicht anständig. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die fürstl. Abgeordneten 1/2 aller Stimmen des Landtages ausmachen. Das wäre ja eine aristokratische, eine herrliche und keine demokratische Verfassung. — Diecksteinheimer Volk, bedenke dies am Abstimmungstage und stimme Ja! Denke weiter an die recht sonderbare Praxis der fremden Landesverweser, daß sie nur ihnen genehme Leute dem Fürsten zur Ernennung vorschlugen, ganz gleich, ob die vorgeschlagenen überhaupt

beim Volke beliebt wären oder nicht. Anständig müssen die fürstl. Abgeordneten den Landtagswahlen vorgezogen ernannt werden, wenn wir noch einigermäßen demokratisch verwalten werden will.

Aus diesen Gründen, lieber Leser, wollen wir den Einfluß der Volksabgeordneten erhöhen und jetzt der fürstlichen vermindern. Gilt uns das, indem Du Ja stimmst.

III.

In den größeren Gemeinden, die zu 1000 Einwohnern zählen, antieren neben dem Gemeinderate von 7 Mitgliedern noch der Vorsteher und Kassier, also 9. Ueber das ganze Land mit 9-10,000 Einwohnern hingegen nur 15 Räte, wovon noch drei Nicht-Volksabgeordnete. So etwas entspricht doch nicht mehr unseren demokratischen Empfinden und Denken, denn wir wollen doch eine auf breiter Grundlage beruhende Vertretung der Volksinteressen, ähnlich wie es unsere Vorfahren hatten oder 1848 anstrebten.

Es besteht sonst bei öffentlichen und zum Teil auch bei privaten Körperschaften geradezu eine gesetzmäßige Erscheinung, daß je kleiner die Körperschaft, desto größer verhältnismäßig die Zahl der Ratmitglieder. So entfällt im Kanton Zug auf je 250, in Obwalden auf je 200 und in Appenzell A. Rh. auf je 250 Einwohner ein Kantons- bzw. Landratsmitglied.

So sagt Art. 54 der Verfassung des Halbkantons Unterwalden süd dem Wald: „Auf je 250 Seelen, bezw. einen Bruchteil von 125 Seelen ist ein Mitglied (des Landrates) zu wählen. Dieser Halbkanton ist ein Gebirgsland wie wir.“

Darnach müßten bei uns nicht nur 17 Abgeordnete, sondern sogar mindestens 33-34 gewählt werden. Warum diese Erscheinung? In kleinen Räuden sind die Volksinteressen viel mächtiger, daher sucht man diese Interessen durch möglichst breite Grundlage der Vertretung zum Ausdruck, aber auch in Einklang zu bringen. Wir wünschen und verlangen entsprechend dieser Erscheinung und der neuzeitlichen Forderung, daß die Volksvertretung eine Vertretung der verschiedenen Interessentengruppen, der Gemeinden, der Bauern, Handwerker, Arbeiter und der Gebildeten sei. Erst dann kommt die wahre Volksstimmung zum Ausdruck, und das ist wieder nur möglich, wenn die Zahl der Volksabgeordneten entsprechend erhöht wird.

Versteht Du nun, lieber Leser, weshalb wir eine Erhöhung der Zahl der Volksabgeordneten anstreben? Wenn man die Verhältnisse im Vorarlberg ansieht, so bedenke, daß es dort noch nicht endgültig geregelt ist. Jenes Land aber wollen wir uns nicht zum Muster nehmen! Ein recht fauler Einwand ist es gegen die Erhöhung, wenn die Mehrzahl von fünf Abgeordneten ins Feld geführt werden. Die fünf Abgeordneten würden uns jährlich an Tagelohnern im schlimmsten Falle etwa 800 Kronen mehr kosten. Das ist doch ein Betrag, der bei unserem Voranschlag von 1/2 Million Kronen nicht ins Gewicht fällt. Wie leicht ließen sich diese 800 Kronen in den übriken Verwaltungszweigen einsparen. Wir haben noch Stellen, die uns laufende Kronen kosten, die leicht billiger besetzt und ebenso gut besetzt werden könnten. Kann sich denn, so fragen wir, ein ehlicher Demokrat, der dem Volke Rechte geben will, dieser kleinen Ausgabe wegen abhalten lassen, für deren Erhöhung zu stimmen? Das ist wohl nicht möglich.

Nichtslagend ist ferner der Einwand, es seien genug Leute im Landtage, wenn noch mehr hineinkommen, gehen die Sachen noch langsamer von Hatten. Gerade für diesen Fall wollen wir die richtigen Männer auswählen. Es soll keine Erbchaft im Landtagssessel und auch kein Erstlingsrecht mehr geben. Der Lügliche soll die Interessen des Volkes vertreten. Andere sollen keinen Ratssessel einnehmen. Laß Dich, Wähler, durch so faule und lächerliche Einwände nicht abwendig machen!

IV.

Wähler! Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt, der nicht so leicht, wie manche Herren glauben, verschwinden wird. Dafür sorgt der Völkerverbund. Wähler, es handelt sich nicht etwa darum, daß das Oberland gegenüber dem Unterland zu kurz komme oder umgekehrt. Aber es handelt sich darum, daß im Landtage die Volksabgeordneten als Vertreter der Volksinteressen den Ausschlag geben und nicht einige Herren. Erp recht wollen wir demokratisch werden und deshalb beginnen wir im Landtag, der in Zukunft einen entscheidenden

Einfluß auf die Regierungsmänner haben soll. Wenn aber dies eintritt, dann muß auch wieder der Volkswille im Landtage zum Ausdruck kommen.

Wähler! Fragen von unheimlicher Tragweite werden sich in der nächsten Zeit für unser Land zur Lösung aufwerfen. Verträge mit fremden Staaten u. a. und dazu brauchen wir den Einfluß des Volkes. Es sind Aufgaben, deren Lösung für Deste Kinder noch ausschlaggebend ist. — Wenn Du lächelst schon im Grabe ruhest! Es sollen nicht mehr Fremdlinge für uns die wichtigsten wirtschaftlichen Verträge abschließen; nein, mindestens die Volksvertreter, ja alle Interessengruppen durch ihre Abgeordneten müssen einem entscheidenden Einfluß ausüben können.

Ja, für Dich, aufrechter Wähler, muß Da im Wahllokale nur ein Wort schreiben: — „Volksvertretung, nicht Herrenvertretung!“

Politische Gedanken. (Eingelant.)

Als Zuhörer der am 13. Februar 1919 abgehaltenen Landtagsstimmung will ich auch einmal Zeitungschreiben. — Die Frankenhauseplaffrage ist zwar verschoben, aber nicht aufgehoben und nach meiner Ansicht wird Schaun den Sieg davontragen. Es kommt jezt noch auf die Leistungen der Gemeinden Vaduz und Schaun an. Uebrigens hatten es die Schauner und Unterländer Abgeordneten bewirken können, daß die Platzfrage sofort zu Gunsten Schaans entschieden worden wäre. Warum haben sie es nicht getan, trotzdem sie die Mehrheit hatten?

So recht zum Ausdruck kam das argenlose Mißtrauen gegen das Volk durch den Antrag d. hochw. Hrn. Kanonikus Büchel, daß zum Schutze von jeder Beeinflussung der Abstimmungszettel erst im Wahllokale geschrieben werden dürfe. — Da naa das Volk wieder einmal die Freundlichkeit einiger Herren, darunter auch des hohen, Unterländer Führers erkennen. Also nur der einen Seite will man Beeinflussung vorwerfen. Warum ist denn Herr Kanonikus Büchel selber als Wahllokaltor aufgetreten? Warum sitzt er oft bei Volksparteikomitee-Beuten? Warum schreibt er über andere so wenig schmeichelhafte Briefe in eine Gemeinde? Warum reist er? Wüssen wir noch deutlicher werden? Mit der politischen Tätigkeit dieses Herrn sind wir absolut nicht einverstanden und zwar noch immer weniger. Geuen keine Person haben wir nicht einzuwenden. Dieser eine Antrag wirkt ein großes Licht auf die volkstrenden Herren. Ja, Ihr Bauern, die Ihr schweigen und feuern müßt, und dann ab und zu mit diesen anändigen Herren reden dürft; Ihr Jünglinge und Jungfrauen, die Ihr nur zusehen sollt, was andere für Euer Leben schreiben, denkt am Abstimmungstage daran; schreibt erst recht in dem Wahllokale ein kräftiges Ja! Bisset Euch nicht beeinflussen mit törichtem Einwänden. Zum Troz gegen dieses Volksmißtrauen schreibt ein Ja, agitiert noch viel mehr als die Gegner.

Bei den Wahlen in der Schöffens- und Lawenawerkommission kam die Beeinflussung deutlich zum Ausdruck. Die Gegenpartei will alles für sich in Anspruch nehmen. Das sieht der Dummste. Mehr als sonderbar muß es erscheinen, daß die vier großen oberländischen Gemeinden (Vaduz, Triesen, Triesenberg und Balzers) nicht einmal einen Vertreter in der Lawenawerkommission haben. Gegen diese Ausschließlichkeit kann man nicht genug protestieren. Sie zeigt, daß wir im Oberlande zum bestehenden Landtage gar kein Vertrauen mehr haben können. Da hilft nur noch der Stimmzettel mit seinem Ja!

Gerab auf das 21. Altersjahr! Gmauf mit der Zahl der Volksabgeordneten!

Der angebliche Fortschrittssinn. (Eingel.) Der Name „Fortschrittliche Bürgerpartei“ hätte doch zum mindesten erwarten lassen dürfen, daß nun der Fortschritt von beiden Landesparteien kräftig unterstützt und gefordert werde. Es wurde von gelundem Fortschritt u. a. gebrochen. Wie steht es damit? Am letzten Donnerstag vor acht Tagen hielt Herr W. Oebel, der nach Mittelungen als Abstimmungsredner von der Herrenpartei bestimmt ist, einen Vortrag im Schner Schulhause vor etwa 26 Zuhörern. Der Referent klärte die Gesner über Ziele und Zweck der Herrenpartei auf und sprach auch von der Volks-

pa  
ab  
st  
w  
gr  
bi  
gr  
ir  
li  
un  
ge  
we  
be  
T  
  
de  
lit  
sch  
G  
de  
  
un  
un  
Be  
ab  
au  
jo  
ja  
de  
lit  
del  
In  
ein  
Ja  
ab  
iti  
der  
sch  
ler  
za  
tei  
das  
Wo  
gel  
uns  
daß  
  
Dr.  
sch  
heu  
Bu  
wöl  
viel  
ne  
kan  
Me  
die  
bern  
nem  
Zaf  
verj  
als  
Gien  
wir  
dun  
das  
Hat  
gege  
gege  
Ber  
  
Zeit  
wird  
werd  
um  
nur  
Vor  
hint  
vom  
nur.  
die  
mal  
  
s  
sch,  
lichen  
tunfi  
rtig  
schen.  
s  
von